

CHINA UND INDIEN IM ENTSPANNUNGSDIALOG: PROBLEME UND PERSPEKTIVEN

Marie-Luise Näth

Am 10. Dezember 1981 haben die Regierungen der Volksrepublik China (hinfort: VR China) und der Indischen Union Gespräche über ihre Grenzprobleme im Himalaya aufgenommen. Dies ist vorerst das wichtigste Ergebnis eines langwierigen und immer wieder von Rückschlägen unterbrochenen Entspannungsvorganges, der von der indischen Regierungschefin Frau Indira Gandhi bereits am Neujahrstag des Jahres 1969 angeregt worden war.

Hinter den jetzigen Gesprächen stehen die immer bedrohlicher erscheinenden Schatten des einerseits sowjetischen und andererseits amerikanischen Engagements auf dem asiatischen Kontinent: Moskaus Krieg in Afghanistan und Washingtons Drohung, die militärische Modernisierung der VR China voranzutreiben. Die Führung in Beijing ist beunruhigt über die Tendenz der Regierung Gandhi, das sowjetische Afghanistan-Unternehmen aus größeren globalen Zusammenhängen zu rechtfertigen, und selbstverständlich fühlt sich Frau Gandhi aufgrund ihrer subjektiven Erfahrung alarmiert, daß Waffen ganz gleich aus welcher Quelle, die in die unmittelbare Umgebung Indiens gelangen, in der Regel auch gegen Indien ins Feld geführt werden.

Die chinesisch-indischen Grenzgespräche, die die ersten seit dem Grenzkrieg vom Oktober/November 1962 sind, setzen somit nicht allein ein Signal dafür, daß die Bereitschaft zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen in Delhi und Beijing mittlerweile gleich groß geworden ist, sondern sie haben auch mit dem wachsenden Wunsch beider Seiten zu tun, die Fragen der nationalen und regionalen Sicherheit in Asien in quasi asiatischer Eigenverantwortlichkeit zu regeln.

Wir nehmen diese Beobachtung zum Anlaß eines Rückblicks auf die Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen Chinas und Indiens und wollen versuchen, sowohl die Schwierigkeiten zu erfassen, die sich im Laufe dieser Geschichte zwischen den beiden Regionalmächten aufgetürmt haben, als auch die Perspektiven zu erörtern, die der gegenwärtige Entspannungsdialog eröffnen könnte.

Der Beobachter erkennt bei dem Versuch, sein zeitgeschichtliches Wissen zu ordnen, drei verschiedene Etappen in der Entwicklung der chinesisch-indischen Beziehungen: Eine erste, die ganz und gar vom asiatischen Romantizismus des damaligen indischen Premierministers Jawarharlal Nehru bestimmt wurde und somit im Zeichen jener euphorischen Bewunderung für die VR China auf südasiatischer Seite stand, die wir inzwischen aufgrund unseres eigenen westlichen China-Jubels mühelos nachvollziehen können. Diese Etappe kam im Herbst 1959 zu einem abrupten Ende, um jetzt einer zweiten Platz zu machen, in der sich ein plötzlich unnachgiebig werdender indischer Nationalismus dem vermeintlich wachsenden Expansionismus Chinas gegenüber sah, deren Vorgänge aber primär aus einem grundlegenden ideologischen Mißverhältnis zwischen den Führungen Chinas und Indiens erklärbar zu sein scheinen. Den Anbruch einer dritten Etappe erkennen wir nachträglich im Jahre 1969 und zwar weniger im Hinblick auf die erwähnte entspannungspolitische Anregung von Frau Gandhi als vielmehr in der Wahrnehmung eines radikalen strategischen Wandels in der chinesischen Außenpolitik, der generellen Öffnung der VR China also gegenüber den nicht-kommunistischen Staaten in der Welt.

Die Indische Union war nach der Sowjetunion der zweite Staat, der die VR China unmittelbar nach ihrer Gründung diplomatisch anerkannte und damit sicherlich zunächst realistisch reagierte. Die romantische Komponente in der indischen China-Politik entdecken wir erst vier Jahre später, als es Premierminister Nehru gemeinsam mit dem chinesischen Premierminister Zhou Enlai gelang, das Verhältnis zwischen der VR China und Indien im Grundsätzlichen zu regeln. Es war ein hegemonialer Kompromiß, der diese Regelung, die Einigung beider Seiten auf die seither vielzitierten Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz, ermöglichte. Delhi erkannte in einem entsprechenden Vertrag von Ende April 1954 die weitere chinesische Oberhoheit über Tibet an und sanktionierte somit nachträglich den militärischen Einmarsch der "Volksbefreiungsarmee" Mao Zedongs in dieses Gebiet im Jahre 1951, und Beijing garantierte dafür im Gegenzug das Recht indischer Pilger und Kaufleute, weiterhin in der nunmehr chinesischen Region Tibet zu verkehren.[1]

Wir müssen uns von vornherein darüber im klaren sein, daß Indien und die VR China erst durch diesen hegemonialen Kompromiß, durch die gemeinsame Absage an die Möglichkeit

eines unabhängigen tibetischen Staates, zu Grenznachbarn wurden. Tibet ist wohl im Verständnis aller Han-Chinesen ein integraler Bestandteil des eigenen Reiches, aber dieses Reich war in seiner traditionellen Ausdehnung nie ein Nationalstaat und das Zusammenleben seiner verschiedenen Völker nie dasjenige einer Nation. China oder Chinesentum war geschichtlich eine Zivilisation, die wir heute in Museen und Kunstbänden bewundern können, die aber die Zugehörigkeit fremder asiatischer Ethnien zu einem modernen ostasiatischen Nationalstaat schon deshalb nicht mehr zu legitimieren vermag, weil sie selbst längst versunken ist.

So mochte es zwar wiederum realistisch sein, daß die Regierung der Indischen Union, die für ihren Teil nicht die politische Einheit aller Inder bewahren konnte, sondern statt dessen auf dem Subkontinent die Entstehung einer "religiösen Nation" Pakistan hinnehmen mußte, den Tatbestand der militärischen Besetzung Tibets durch die VR China als unabänderlich zur Kenntnis nahm. Aber es war doch geradezu leichtsinnig auf der Seite Nehrus, die somit entstandene Grenznachbarschaft undefiniert zu lassen. Die Erklärung dafür lag zu einem guten Teil in der eigenen Unsicherheit hinsichtlich der in vor-kolonialer und folglich vor-nationaler Zeit nie geklärten territorialen Besitzverhältnisse im zentral-asiatischen Raum, zu einem anderen Teil aber auch in dem ebenso einleuchtend wie beruhigend klingenden Hinweis der chinesischen Seite, daß es mindestens für die Führung der VR China vorerst wichtigere Fragen zu lösen gäbe als diejenige der Abgrenzung gegenüber einem eben erst auf die Grundsätze des zwischenstaatlichen Wohlverhaltens verpflichteten Partner. [2]

Wenn wir heute auf die wenigen Jahre der "friedlichen Koexistenz" zwischen China und Indien zurückblicken, also auf die Zeit zwischen Frühjahr 1954 und Herbst 1959, so zeigt sich, daß der Nehru-Regierung in der Tat ein wesentlich ambitiöseres Ziel vor Augen schwebte als das der Grenzmarkierung in der womöglich kleinkarierten Manier von rechthaberischen Europäern.

Nehru wollte jenes China, das der Westen "verloren" und die Sowjetunion bündnispolitisch quasi einkassiert hatte, für sich gewinnen. Und diese Intention machte sich nicht allein in den Appellen des Premierministers an die fruchtbare kulturelle Nachbarschaft und Freundschaft zwischen Indien und China in dreitausendjähriger Vergangenheit deutlich, die es in der Wirklichkeit nie gegeben hatte, sondern auch in einer Reihe von politischen Maßnahmen und Vorschlägen schon im

Zusammenhang mit dem chinesisch-indischen Koexistenzvertrag von 1954.

Nehru wollte diesen Vertrag auf 25 Jahre geschlossen wissen oder, wenn wir genau hinsehen, ein gleichlanges Vertragsverhältnis mit der VR China eingehen, wie es zum damaligen Zeitpunkt noch zwischen der VR China und der Sowjetunion gegeben war.[3] Unter wesentlicher Mitarbeit der indischen Regierung kam es dann im April 1955 zu einem ersten afro-asiatischen Solidaritätstreffen auf Regierungsebene in Bandung, zu dem auf indische Initiative auch die VR China eingeladen wurde, die nun erstmals die Gelegenheit zur Selbstdarstellung auf internationaler Ebene erhielt. Wiederum sehen wir dabei Nehru als einen Mann, der sich um das besondere Vertrauen seines chinesischen Kollegen bemüht, dessen politische Eigenständigkeit zu fördern sucht und doch auch Verständnis für die bündnispolitischen Rücksichten aufbringt, die Zhou Enlai im Hinblick auf die Sowjetunion zu üben hat. Ihm verdankte Beijing deshalb, daß wohl der amerikanische Imperialismus ins Kreuzfeuer der Kritik der Bandung-Staaten geriet, daß ähnliche Kritik am sowjetischen Imperialismus aber dezent unter den Tisch fiel. Ein Jahr später leiteten die Freunde Chinas in Delhi, unter denen sich auch Mitglieder der Familie Nehru befanden, eine Bewegung der chinesisch-indischen Brüderlichkeit (hindi-sini bhai bhai) ein.[4] Diese Freunde meldeten also gegenüber der VR China den Anspruch auf die emotionale Gleichstellung mit der Sowjetunion an.

Beijings Führer entsprachen weder einem solchen Anspruch noch überhaupt irgendeinem indischen Versuch der faktisch friedlichen Unterminierung der chinesisch-sowjetischen Bündnisexklusivität. Ganz im Sinne des orthodox kommunistischen Koexistenzverständnisses, in dem Kooperation zwischen Staaten von unterschiedlicher Gesellschaftsordnung stets als zeitlich befristet und sachlich begrenzt erscheint, in dem sich die kommunistische Seite aber vor allen Dingen die politische Selbständigkeit bewahrt, um die Ära der Koexistenz jederzeit von sich aus beenden zu können,[5] verstand sich die chinesische Regierung mit Indien auf ein Vertragsverhältnis für die Dauer von nur acht Jahren.

Und in der Tat ereignete sich der Grenzkrieg von 1962 erst nach dem Ende dieser achtjährigen Frist.

Die VR China übergang den indischen Brüderlichkeitsantrag und hielt offensichtlich nichts von einer Vermengung der eigenen sozialistischen mit der asiatischen Familienmoral der regierenden bürgerlich-nationalen Eliten in Indien.

Chinas Politik wurde vom Primat der Sowjetunion bestimmt, diejenige Indiens vom Primat der chinesischen Volksrepublik. Nehru verkannte die enge Bindung Beijings an die Sowjetunion gewiß nicht, aber er hielt die kommunistische Affiliation der chinesischen Führung für ein Übergangsphänomen, das in dem Maße verblasen würde, in dem die Erfahrung der kommunistischen Revolution veralltäglichte, und das am Ende völlig hinter der nationalistischen und der asiatischen Rückbesinnung Chinas zurücktreten würde. In eben dieser Spekulation bestand der romantische Kern seiner China-Politik.

Die Führer der VR China waren damals und sind, was in der westlichen Welt gelegentlich vergessen wird, auch heute noch Kommunisten. Selbst wer dies in Zweifel zog, mußte aber wissen, daß die chinesische Identität eine asiatische Affinität nicht kennt. Bis zu dieser Erkenntnis hatten die literarischen Auseinandersetzungen mit dem Wesen des "Sinozentrismus" längst geführt.

Aber zu einer Kollision zwischen indischem Asiatentum und ostasiatischem Chinesentum kam es erst gar nicht. Überhaupt erscheint das Scheitern der chinesisch-indischen Koexistenz nicht als die Folge einer direkten Kollision der beiden Grenznachbarn.

Jener territoriale Konflikt, der sich im Laufe des Jahres 1958 anzubahnen begann und endlich mit einem Grenzzwischenfall am 25. August 1959 zu einer Tatsache geworden war, an der sich vor allen Dingen in den Augen der indischen Öffentlichkeit nicht mehr deuteln ließ, hatte zwei, wenn man so will, rein kommunistische Quellen.

Als die erste und langfristig wichtigste Quelle können wir den im Jahre 1956 entstandenen Dissens der Kommunistischen Parteien Chinas und der Sowjetunion über die Frage erkennen, ob und in welchem Umfange das bisherige kommunistische Koexistenzverständnis zu revidieren sei. Hier standen sich nicht Chinesen und Sowjets, sondern vielmehr Stalinisten und, mit aller Vorsicht ausgedrückt, aufgeklärte Sozialisten gegenüber, die Verfechter des Primats proletarisch-internationalistischer Solidarität und die von China in eine solche Fessel geschlagenen Vertreter einer wirtschaftlich stagnierenden sowie außenpolitisch isolierten Großmacht. Während die ersteren in dem der kommunistischen Bewegung eigentümlichen Vokabular auf eine sowjetische Entsprechung für die eigene bündnispolitische Fixierung drangen, zielten die letzteren auf einen Ausbruch aus der politisch-ideologi-

schen Eingeschlossenheit des sozialistischen Lagerlebens ab. So eigenartig eine solche Feststellung auch klingen mag, es ging um die nationale Emanzipation der Sowjetunion von der internationalistischen Verpflichtung, der VR China denselben außenpolitischen Vorrang einzuräumen, den diese mehr aus ideologischer Überzeugung denn in Ermangelung einer politischen Alternative dem sozialistischen Verbündeten zukommen ließ.

Indien bot der VR China eine solche Alternative ständig an, aber übte paradoxerweise vor allem auf die Sowjetführung eine zunehmende Anziehungskraft aus. Wenn wir an dieser Stelle den Konflikt zwischen der Sowjetunion und der VR China zu untersuchen hätten, so würde sich zeigen, daß hinter der sich deutlich aktivierenden chinesischen Grenzpolitik gegenüber Indien ein allgemeines, die Sowjetunion betreffendes Reaktionsmuster stand. Mao Zedong und seinen Mitarbeitern, denen es einerseits nicht gelang, die sowjetischen Brüder mit ideologischen Argumenten zu überzeugen, und die aus der Logik dieser Argumente heraus doch andererseits militärisch und wirtschaftlich ganz und gar von der Sowjetunion abhängig waren, suchten folglich systematisch nach Gelegenheiten, die den Verbündeten vor den Augen der Weltöffentlichkeit zwangen, mit der VR China Solidarität zu üben.

Den ersten Fall einer solchen Zwangsverpflichtung hatte Beijing im August 1958 mit der überraschenden Einleitung einer Kanonade auf die nationalchinesische Festungsinsel Quemoy geschaffen.

Eine zweite Gelegenheit - und damit sind wir bereits bei der zweiten Quelle des chinesisch-indischen Territorialstreits - keimte mit dem wachsenden Widerstand der tibetischen Bevölkerung gegen die rigorose Gleichschaltungspolitik Beijings auf.

Die chinesischen Kommunisten legten ihre Schwierigkeiten in der Grenzprovinz gegenüber Indien ausländischen "Reaktionären" und Imperialisten zur Last. Erst in jüngster Zeit haben sie uns wissen lassen, daß es die eigene verfehlte Politik war, die zum Aufstand in Tibet und zur Flucht des Dalai Lama führte.[6] Damals, im Jahre 1959, brauchte Beijing die "indischen Reaktionäre" als eine Entschuldigung und gleichzeitig den Territorialkonflikt mit ihnen, um nach den Regeln der marxistisch-leninistischen Parteilichkeit die Solidarität des sowjetischen Partners zu erzwingen.

Tatsächlich enthüllte die Kommunistische Partei Chinas im Jahre 1963, daß der chinesisch-indische Grenz- und Gebietskonflikt, in dem es um 125.000 km² widerrechtlich von Indien besetzten Territoriums gehe, eine prinzipielle Streitfrage zwischen ihr und der KPdSU darstelle - und zwar, weil zum einen ein Konflikt solchen territorialen Ausmaßes keine Nebensächlichkeit bedeute, sondern wichtig sei, und zum anderen die Sowjetunion vom ersten Tage dieses Konflikts an die Sache Indiens vertreten habe.[7]

Nun ist bisher auch von den Freunden Chinas im westlichen Expertenkreis nicht behauptet worden, daß sich Indien vor dem August 1959 einseitiger Landnahmen gegenüber der Volksrepublik schuldig gemacht habe.[8] Wenn wir also anerkennen, daß 125.000 km² Land eine gehörige Portion darstellen, über die eine Reihe von heute abhängigen Staaten noch nicht einmal verfügt, so zieht dies natürlich die von den Freunden Chinas bisher wenig beachtete Frage nach sich, warum der Regierung Chinas dieser Gebietsverlust überhaupt erst im Jahre 1958 ins Bewußtsein rückte, und warum, wenn dies schon so war, weder mit der Sowjetunion, deren Landkartenwerke bis heute den chinesischen Grenz- und Gebietsvorstellungen gegenüber Indien Rechnung tragen, noch mit der indischen Regierung Einigkeit über ein Verfahren mit dieser plötzlichen Entdeckung Beijings erzielt werden konnte.

Wir finden die Antwort wenigstens auf die letzte dieser Fragen in der propagandistischen Darlegung der Kommunistischen Partei Chinas selbst. Sie forderte eine Behandlung der Grenzfrage im Geiste der Gleichberechtigung, den es im kommunistischen Selbstverständnis der Chinesen freilich wohl zwischen sozialistischen Staaten, nicht aber zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gibt. Die Frage des Verfahrens in der chinesisch-indischen Territorialfrage war demnach primär ein chinesisch-sowjetisches Problem, und hier, auf der sozialistischen Ebene, stellte sich für die VR China heraus, daß Moskau allenfalls bereit war, den Streit der Dritten aus der marxistisch-leninistisch regelwidrigen Sicht des Neutralen zu beurteilen.[9]

Wir wenden uns nunmehr der zweiten Etappe in der Geschichte der chinesisch-indischen Beziehungen zu, in der das ideologische Mißverhältnis der beiden Staaten, das wir in seinen Grundzügen eigentlich schon kennen, voll zum Tragen kam.

Auf der einen Seite sehen wir, wie Mao Zedong und der größere Teil seiner damaligen Mitarbeiter auf die von ihnen

wahrgenommene bündnispolitische Illoyalität der Sowjetunion und auf deren Weigerung, die inzwischen bereits guten Beziehungen zur Indischen Union allein um des Akkords mit China willen zu riskieren, innen- und außenpolitisch reagieren: Beijing leitete ein eigenes mobilisatorisches oder auch arbeitsintensives Entwicklungsprogramm ein, um den drückenden Kapital- und Zeitmangel zu überwinden, der ein weltpolitisch konfrontations- und revolutionsentschlossenes stalinistisches China gleichwohl an die "revisionistisch" werdende Sowjetunion band. Vor dem Hintergrund der ersten imponierend klingenden Erfolge dieses Programms, der sogenannten Volkskommunenbewegung, unternahmen die chinesischen Politiker dann ab Herbst 1959 den Versuch, ihre territorialen Vorstellungen in Teilen der chinesisch-indischen Grenze gewaltsam durchzusetzen, gleichzeitig aber Indien ganz im Sinne sozialistischer Friedenspolitik zu einem durchaus akzeptabel erscheinenden Kompromiß zu zwingen.

In der Tat hatte die indische Seite die einseitige chinesische Landnahme im westlichen Abschnitt des Aksai Chin seit den frühen fünfziger Jahren stillschweigend geduldet. Dieses Gebiet war für die Logistik der chinesischen Truppen in Tibet unverzichtbar und man wird Beijings Anspruch darauf als eine mehr oder weniger unabweisbare Folgewirkung der indischen Zustimmung zum chinesischen Oberhoheitsanspruch in dieser Region bezeichnen müssen. Nehru selbst konzentrierte seine ganze Aufmerksamkeit zunächst auf die Bewahrung der sogenannten MacMahon-Linie im nordöstlichen Grenzabschnitt, die die Engländer auf den Bergkämmen des Himalaya gezogen hatten, um so die traditionelle Reichweite des chinesischen Einflusses von den Berghängen hinein in die Ebenen Assams zu verbannen. Seine Hoffnung war, daß diese juristisch sicherlich fragwürdige, aber dennoch einzige moderne Grenze im Himalaya-Raum quasi in der stillschweigenden Honorierung indischer Duldsamkeit im Westen auf chinesischer Seite bestätigt und somit zu einem Symbol des viel weitergehenden politischen Konsenses zwischen Indien und China werden könnte.[10]

Statt dessen aber hatten die Chinesen den territorialen status quo in den Jahren 1958/59 auch im Nordosten sowie im mittleren Gebiet des Ladakh in Frage gestellt und auf diese Weise zunächst einmal den Tatbestand des Konflikts zwischen Indien und China etabliert.

Auf der anderen, der indischen Seite sehen wir deshalb, wie dieser Tatbestand des Konflikts das Verhalten in der Territorialfrage zu normieren beginnt. Nehru stellte jetzt

den Anspruch auf das ganze Gebiet des längst verlorengegangenen Aksai Chin, ließ sich auf keinerlei Erwägungen über Gebietsneuregelungen im mittleren Grenzabschnitt mehr ein und begrub den Gedanken an ein Tauschgeschäft im Interesse einer chinesischen Anerkennung der MacMahon-Linie mit dem Argument, daß sich die VR China die möglichen indischen Tauschobjekte ohnehin schon angeeignet habe, und Indien somit im nordöstlichen Sektor nur noch chinesische Diktate akzeptieren könne. Aus dieser Sicht der Dinge leitete der indische Premier im Herbst 1959 eine Vorwärtspolitik ein, die Indien zunächst in den Besitz aller verlorenen Grenzposten zurückbringen sollte, und aus der gleichen Sicht lehnte er im Frühjahr 1960 den Vorschlag von Premierminister Zhou Enlai ab, der Chinas Anerkennung der MacMahon-Linie gegen die indische Anerkennung der aktuellen Kontrolllinien in den anderen Grenzabschnitten vorsah.

Zwei Gesichtspunkte bestimmten die Unnachgiebigkeit Delhis: Zum ersten der große Prestigeverlust, der sich für Jawaharlal Nehru mit der Wahrnehmung eines gegenüber Indien konfliktbereiten Chinas vor der eigenen Öffentlichkeit und vor der Weltöffentlichkeit verband und zum zweiten die Verkenning der ideologischen Energien, die hinter der chinesischen Politik standen.

Nehru hatte nach innen mit seiner Person für die indisch-chinesische Freundschaft gebürgt und aus dieser Freundschaft gegenüber seinen politischen Gegnern den faktischen Verrat an Tibet gerechtfertigt. Gleichzeitig hatte er gegenüber dem Westen die Überlegenheit des asiatischen Geistes demonstriert, die vermeintliche Kraft alter politischer Kulturen zur Überwindung von im jungen Europa kreierte internationalen Systemkonflikten. Der Inder fühlte sich also in doppelter Weise durch die chinesische Führung desavouiert und glaubte dennoch daran, daß diese Führung lediglich auf eine bedauerliche, verunglückte Weise nationalistisch geworden sei.

Auf chinesischer Seite bestätigte sich diese Annahme freilich nicht, Beijings Politik radikalisierte sich zunehmend unter dem Druck sowjetischer Disziplinierungsmaßnahmen, im Zusammenhang mit einer Wirtschaftskrise, die selbst das oftmals von Hungersnöten betroffene Indien noch nicht erlebt hatte, und, was uns hier besonders interessiert, in der Wahrnehmung einer regelrechten Verschwörung zwischen "sowjetischen Revisionisten" und "indischen Reaktionären". Es war nicht ein nationalistisches China, das im Oktober 1962 in breiter Front gegen die nationalistische Indische

Union militärisch losschlug, sondern eben jenes stalinistische, von Einkreisungsfurcht geplagte, das sich uns gleichzeitig auf der Ebene des innerkommunistischen Konflikts mit der Sowjetunion in ideologisch unmißverständlicher Form darstellte und trotz seines triumphalen Sieges auf dem Schlachtfeld massiv angeschlagen in die früheren Stellungen von 1959 zurückkehrte.[11]

Chinas Führer verloren damals den letzten Rückhalt ihrer sowjetischen Verbündeten, wurden von ihnen direkt der Aggression beschuldigt, während sich die westlichen Beobachter durchaus die Köpfe heiß redeten über die Frage, wer ursächlich wen im Himalaya angegriffen hatte, und das wog angesichts der erbitterten anti-westlichen Politik der VR China mindestens ebenso schwer wie die Aufnahme sowjetischer Waffenlieferungen an die indische Regierung und der Beginn eines offenen Wettbewerbs Moskaus mit dem Westen um die Gunst des eigenen indischen Feindes.

Die Führer der VR China wähten sich in den Nachkriegsjahren ganz und gar in der Rolle von zur militärischen Selbstverteidigung provozierten, die sich im Kriege selbst zum Recht verholten hatten und für den gekränkten Stolz des Gegners nicht verantwortlich zeichneten.

Diese Auffassung freilich vertraten selbst manche indischen Sprecher, die weder Sinn in die anfänglich pro-chinesische Politik Nehrus noch in die später völlig unnachgiebige Haltung Delhis zu bringen vermochten.

Der jetzt vorhandene Beobachtungszeitraum macht es jedoch für den Beobachter möglich, in allen politischen Lagern der indischen Führungseliten ein von China bewirktes Demütigungssyndrom festzustellen, das im Kern nicht das Bewußtsein einer militärischen Niederlage, sondern vielmehr das Bewußtsein chinesischer Feindschaft bestimmt.

Dieses Bewußtsein aber kultivierte Beijing zwischen 1963 und 1969 auf verschiedene Weise.

Unmittelbar vor dem Hintergrund des Grenzkrieges mit Indien unterzeichnete die chinesische Regierung ein Grenzabkommen mit Pakistan, das auf beiden Seiten als ein bündnispolitischer Akt gefeiert wurde und insofern den chinesisch-indischen Koexistenzvertrag von 1954 selbst in seinem damaligen politischen Zusammenhang nachträglich entwertete. Beijing hofierte einen verhältnismäßig kleinen, westlich paktgebundenen Nachbarn, nachdem es die Hand des neutralistischen Haupterben der indischen Zivilisation ausgeschlagen hatte, nahm Partei für Pakistans Anspruch auf

Jammu und Kashmir und dankte Delhi auf diese Weise für alle indische Unterstützung hinsichtlich des volksrepublikanischen Anspruches auf den nationalchinesischen Inselstaat Taiwan. Die VR China, die mit indischer Hilfe Aufnahme im Kreis der Bandung-Staaten gefunden hatte, versuchte jetzt, Indien aus diesem Kreis zu verdrängen und eine Wiederholung von "Bandung" praktisch im Geiste einer von China getragenen Alternative kommunistischer Weltpolitik durchzusetzen.

Dieser chinesische Angriff auf die ureigene Domäne indischer Außenpolitik von links bietet eine Erklärung für die Tatsache, daß sich Delhis Politik im Nachkriegsjahrzehnt mehr und mehr der Sowjetunion zuwandte, von wo aus wirkliche Hilfe zu erwarten war - nicht allein aufgrund des chinesisch-sowjetischen Konflikts, sondern auch aufgrund des nur mäßigen westlichen Interesses an einer primär anti-westlichen Bandung-Politik.

Hinzukam im Jahre 1965 aber die auf Indien traumatisch wirkende Entscheidung Beijings, den pakistanischen Versuch eines Befreiungskrieges in Kashmir durch die Wiederbelebung des eigenen Grenzstreits mit Indien und durch entsprechende Ultimaten zu unterstützen.[12] Nach außen hin erhielten damals Indien und Pakistan gleichermaßen sowjetische Unterstützung, denn die Sowjetführung bot sich beiden Seiten - mit Erfolg - als ehrliche Vermittlerin an. Wenn wir aber davon ausgehen, daß in der Indischen Union schwerlich Pakistan, um so mehr jedoch China Existenzängste auslöste, so wird deutlich, daß die sowjetische Friedensvermittlung in Tashkent vom Winter 1965/66 den Grundstein für eine rein realpolitisch begründete Zweckallianz zwischen Delhi und Moskau legte.

Durch die ideologische Brille der chinesischen Führung betrachtet, lag in dieser Wirkung eine damals durchaus erwünschte Absicht, nämlich die Desavouierung sowohl des neutralistischen Pathos' Indiens als auch des weltrevolutionären und anti-imperialistischen Führungsanspruchs der Sowjetunion. Chinas Politik erwies sich hier als die Erfüllungsgehilfin der eigenen Prophetien, die sich aber dennoch nicht in vollem Umfange bestätigten.

Frau Gandhi, die im Januar 1966 die Regierungsgeschäfte ihres Landes übernommen hatte, lehnte es ab, in irgendein vertragliches Verhältnis mit der Sowjetunion einzutreten, das im Rahmen des Versuchs interpretationsfähig gewesen wäre, China diplomatisch, militärisch oder auch nur propagandistisch einzukreisen. Und solche Versuche unternahmen

Moskaus Diplomaten im Zusammenhang des von Leonid I. Brezhnev im Sommer 1969 endlich offengelegten Plans, den Frieden Asiens im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems entweder gegen die VR China oder im Sinne ihrer multilateralen Einbindung zu organisieren.[13]

Frau Gandhis entspannungspolitische Anregung gegenüber Beijing vom 1. Januar 1969 stand im unmittelbaren Zusammenhang mit der sowjetischen Entscheidung, Pakistan ähnlich wie Indien mit Waffen zu beliefern, eine quasi gestaffelte militärische Balance zwischen den beiden indischen Staaten des Subkontinents sowie zwischen der Union und der Volksrepublik zu schaffen und China so aus Pakistan und folglich aller Politik in der Region zu verdrängen. Selbstverständlich reagierte die indische Regierungschefin nur auf den anscheinend unfreundlichen Akt sowjetischer Waffenverkäufe an Islamabad. Aber ihr Wink an Beijing blieb unbeantwortet, die VR China hatte die Wende von der kulturevolutionären Verinnerlichung ihrer Politik zu einer solchen der offenen Tür noch nicht vollzogen und ihre Führer begriffen vermutlich auch gar nicht, welche Konsequenzen eine erfolgreiche sowjetische Neutralitätspolitik im südasiatischen Raum für sie haben würde.

Das chinesisch-indische Verhältnis entspannte sich im Laufe der Jahre 1969/70 vorwiegend im Zusammenhang der allgemeinen innen- und außenpolitischen Normalisierungsbemühungen jener Reste des administrativen und diplomatischen Personals in der VR China, die die Wirren der Kulturrevolution unangefochten überlebt hatten und nun unter dem Vorwand möglicher sowjetischer Angriffsbereitschaft Chinas Einzug in das bestehende System der internationalen Beziehungen organisierten.

Die indischen Botschaftsangehörigen, die seit dem Abzug des Botschafters durch Delhi im Jahre 1961 den diplomatischen Kontakt mit China auf der Geschäftsträger-Ebene weiterführten, waren seit dem Sommer 1967 einem wachsenden Druck der kulturevolutionären Massen ausgesetzt gewesen. So löste das freundliche Wort Mao Zedongs an den indischen Geschäftsträger am 1. Mai 1970 unter den politischen Beobachtern in Delhi eine kleine Sensation aus, zeigte im Moment aufs Neue, wie aufnahmebereit die indischen Eliten trotz aller vermeintlichen und tatsächlichen Demütigungen für China doch immer blieben.[14]

Mehr, als daß eine allgemeine Klimaverbesserung im diplomatischen Kontakt mit dem Gastland eingetreten sei, wußten

Indiens Vertreter aber nicht zu berichten. Enttäuschung, ja selbst das Gefühl der neuerlichen Kränkung machte sich in Delhi breit, als schon im Laufe des Jahres 1971 westeuropäische Politiker und asiatische Unterhändler die Hotels und Gästehäuser der chinesischen Regierung zu belegen begannen und nur Indiens Parlamentarier und Diplomaten vergeblich auf eine wirklich große Sensation, eine einladende Geste aus China zu warten schienen.

Während Premierminister Zhou Enlai den linken Putschisten, die zu Ostern 1971 die Regierung von Frau Sirimavo Bandaranaike in Ceylon zu stürzen versuchten, eine deutliche Absage erteilte, gingen Chinas infiltratorische Tätigkeiten in der Indischen Union unvermindert weiter. Und ebenso setzte sich Beijing weiterhin für den pakistanischen Anspruch auf Jammu und Kashmir ein, obwohl bereits zum Jahresende 1970 der Vorgang der Spaltung zwischen Westpakistan und dem ostbengalischen Landesteil eingesetzt hatte, die chinesische Führung auch hier die Erhaltung des politischen status quo gegenüber einem möglichen Triumph der nationalen Befreiung in Ostbengalen favorisierte und eigentlich schon im Keim der Bengalen-Krise erkennen mußte, daß die in Islamabad herrschende Militärdiktatur noch nicht einmal diesen status quo zu wahren in der Lage sein würde.

Gänzlich unbeachtet blieb in Beijing damals, aber eigenartigerweise auch innerhalb der westlichen Welt die Tatsache, daß die Bengalen-Krise eine Krise der neutralitätsorientierten sowjetischen Südasien-Politik in sich trug. Moskau wünschte die militärische Konfrontation zwischen Pakistan und Indien nicht, hatte deshalb für einen tragfähigen Kompromiß in der Kashmir-Frage gesorgt und blieb, wie nun die Folgewirkungen der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Pakistan ab März 1971 deutlich zeigten, dennoch unfähig, die internationalen Beziehungen auf dem indischen Subkontinent voll und ganz zu kontrollieren.

Die indische Regierung begann sich in dem Maße in die Rolle einer Geburtshelferin für ein unabhängiges Ostbengalen berufen zu fühlen, in dem ihr Territorium von Flüchtlingen, insgesamt rund 10 Millionen Menschen, überflutet wurde und die Militärs in Islamabad allein militärische Lösungen zur Überwindung der Spaltungsgefahr parat zu halten schienen. In dieser Situation hätten chinesische Neutralität und westliche Vermittlungsbemühungen möglicherweise zu einem radikalen Re-arrangement der Beziehungen im Raum des Indischen Ozeans führen können. Tatsächlich

aber kam die Bengalen-Krise der VR China und den USA noch weniger gelegen als der Sowjetunion.

Wir wissen heute, daß diese beiden Staaten mit der vermittelnden Hilfe der pakistanischen Regierung seit dem Oktober 1970 geheime Noten austauschten und Gespräche führten, daß sie sich mit großer Unsicherheit aufeinander zubewegten und somit ihre Aufmerksamkeit primär auf das bilaterale entspannungspolitische Experiment konzentrierten. Der Einfachheit halber oder auch deshalb, weil Geheimdiplomatie deren Akteure in der Regel dazu verleitet, alle anderen politischen Vorgänge ebenso als Wirkungen geheimer Akte zu verstehen, diagnostizierten die neuen Entspannungspartner - damals noch jeder für sich - die Ausweitung der Bengalen-Krise zu einem internationalen Konflikt auf dem indischen Subkontinent als das Ergebnis einer indisch-sowjetischen Verschwörung. [15]

Den Beweis für diese Annahme lieferte ihnen Frau Gandhi am 9. August 1971 mit der Unterzeichnung eines indisch-sowjetischen Vertrages über 15jährigen Frieden sowie Freundschaft und Zusammenarbeit, die nun allerdings kaum erfolgt wäre, wenn Beijing und Washington die Nachricht über ihre Einigung auf einen amerikanischen Präsidentenbesuch in der VR China am 15. Juli gegenüber Indien politisch unmißverständlich abgesichert hätten.

Aber eben dies hatten beide Seiten versäumt, obwohl wir feststellen können, daß die chinesische Propaganda in der Bengalen-Krise längst nicht mehr so aggressiv auf Delhi reagierte wie im Kashmir-Krieg von 1965.

Für die Regierung Gandhi blieb die mit pakistanischer Unterstützung in der eigenen Kriegs-Krise zustande gekommene Einigung zwischen der VR China und den USA ein diplomatischer Keulenschlag. Aus der indisch-sowjetischen Zweckallianz von 1965 wuchs nicht nur nach zwei Jahren vergeblichen sowjetischen Drängens jäh ein formelles Vertragsverhältnis, sondern auch ein hinfort nachhaltiges Bewußtsein innerhalb der indischen Eliten, daß die ihnen vor allem im Vergleich mit China emotional kaum nahestehende Sowjetunion auf jeden Fall der politisch verlässlichste Partner sei, der zur Verfügung stünde und gleichzeitig dringend benötigt werde.

Der Einbruch, den die faktische Verbesserung der chinesisch-indischen Beziehungen in der zweiten Jahreshälfte 1971 erlebte, weitete sich zwischen 1972 und 1975 zu einer neuen Ära des Kalten Krieges aus - primär bedingt durch

den immer brüskierender werdenden Anti-Sowjetismus Chinas in den letzten Lebensjahren Mao Zedongs. Mit der Eingliederung Sikkims in die Indische Union hatte sich Frau Gandhi in den Jahren 1973/74 aus chinesischer Sicht endlich vollkommen der hegemonialen Entartung sowjetischen Typs anheimgegeben und figurierte jetzt in der Propaganda Beijings als eine "Sub-Supermacht".

Frau Gandhi entschied im Jahre 1976 dennoch, der chinesischen Forderung nachzukommen, nach der die Indische Union, die mit dem Rückruf ihres Botschafters aus Beijing ehemals als erste die Ebene der bilateralen Beziehungen reduziert hatte, als erste auch einen neuen Botschafter ernennen zu müssen, um den Weg für eine Verbesserung der Beziehungen freizumachen. Der wichtigste Grund für diese Entscheidung war offenbar die Tatsache, daß inzwischen fast alle nicht-kommunistischen Staaten Asiens ihre Beziehungen zur chinesischen Volksrepublik normalisiert hatten und sich ein weiteres indisches Abseitsstehen mithin kaum noch rechtfertigen ließ.

Es dauerte jedoch noch fast zwei Jahre, bis endlich Bewegung ins Verhältnis der beiden Regionalmächte geriet.

In China wie in Indien hatten sich nahezu gleichzeitig schwere innenpolitische Machtkämpfe vollzogen, die fast gleichzeitig in der ersten Jahreshälfte 1977 entschieden wurden. Auf beiden Seiten etablierten sich Führungen, hier um Deng Xiaoping und dort vorübergehend um Moraji Desai, die sich zwar nicht in der außenpolitischen Grundkonzeption, aber zum Teil doch in den außenpolitischen Methoden von ihren jeweiligen Vorgängerinnen unterschieden.

So verschwand mit der Durchsetzung Deng Xiaopings eben jenes brüskierende Element des Anti-Sowjetismus aus der chinesischen Außenpolitik, das es vielen Regierungen bisher schwer gemacht hatte, normale Interessenpolitik mit Beijing zu betreiben. Die neue Janata-Regierung in Indien hatte sich die Rückkehr zum wahren Neutralismus und die Wiederherstellung eines gleichmäßigen Abstandes zu beiden Weltmächten, zur Sowjetunion und zu den USA, ins Programm geschrieben. Dies mußte praktisch auf den Versuch hinauslaufen, das seit 1971 gestörte Verhältnis Indiens zu den USA zu verbessern.

Die chinesische Regierung reagierte auf diese Programmpunkte, indem sie den damaligen amerikanischen Außenminister Cyrus Vance und ebenso den Außenminister Jugoslawiens, Milos Minic, in der zweiten Jahreshälfte 1977 um

Vermittlung bat.[16] Die VR China suchte ganz nach dem Vorbild des entspannungspolitischen Vorganges zwischen ihr und den USA einen geheimdiplomatischen Kontakt und indizierte insoweit ein ernstes Normalisierungsinteresse gegenüber Indien, als sie zukünftige Verhandlungen offenbar von vornherein nicht durch sowjetische Gegenmaßnahmen gestört wissen wollte. Die Weigerung der Janata-Regierung, auf die Vermittlung Dritter einzugehen und Geheimdiplomatie zu betreiben, verzögerte die Einleitung einer Besuchsdiplomatie, wie sie von chinesischer Seite gemeinhin erst nach Abschluß von politischen Gesprächen durchgeführt worden ist, bis zum Frühjahr 1978. Im März 1978 endlich erhielt der indische Außenminister Atal Behari Vajpayee von dem für nicht-staatliche Kontakte mit dem nicht-kommunistischen Ausland zuständigen chinesischen Funktionär Wang Bingnan eine offizielle Einladung in die chinesische Volksrepublik.

Beijing gab dennoch nicht den Versuch auf, einen für Delhi akzeptablen Vermittler zu finden, und regte somit auch den rumänischen Staatspräsidenten sowie den König von Nepal an, sich für die chinesisch-indische Annäherung zu verwenden.[17]

Wir müssen wahrscheinlich in diesem Zusammenhang die Tatsache verstehen, daß Beijings Führer gleichzeitig nach außen hin immer wieder das von Indien bestrittene Recht der Kashmiri auf Selbstbestimmung bestätigten, um damit an eine besondere Empfindlichkeit des Nachbarn zu rühren. Delhi mußte sich ebenso durch die feierliche Eröffnung der Karakorum-Straße berührt fühlen, die die Verdichtung der chinesisch-pakistanischen Beziehungen demonstrierte, und sollte wohl auch durch chinesische Warnungen an die Adresse Thailands vor den hegemonialen Interessen Indiens in Südostasien daran erinnert werden, daß es reichen Stoff für Gespräche gäbe, die sich am besten im Verborgenen führen ließen.

Chinas Führer schienen darüber hinaus entschlossen zu sein, an die Frage des Grenzstreites von 1962 möglichst vorerst nicht zu rühren, also zunächst jenen politischen Konsens herzustellen, um den sich einst Nehru so sehr bemüht hatte und der einst alle territorialen Meinungsverschiedenheiten als eine technische Kleinigkeit erscheinen ließ.

Doch auch in diesem Punkt stießen sie auf indischen Widerstand. Die Janata-Regierung wollte vorwiegend über Grenzen und Gebiete sprechen. Aber während sie in der Öffentlichkeit versicherte, keine Handbreit indischen Territoriums aufgeben und selbst den chinesisch-pakistanischen Grenz-

vertrag in Frage stellen zu wollen, dessen Regelungen zwischen Kashmir und Xinjiang über indisches Gebiet getroffen worden wären, blieb die Regierungspartei im Inneren doch zutiefst zerstritten und vermochte sich weder über die Wünschbarkeit eines Außenminister-Besuches in Beijing noch über den realistischen Kern eines grenzpolitischen Verhandlungsprogramms für die Zukunft zu einigen.

Der Außenminister, der für seine Person wesentlich liberale Auffassungen vertrat als etwa der Premierminister, wurde schließlich aus den eigenen Reihen gezwungen, einen ersten, mit China für Oktober 1978 vereinbarten Besuchstermin aus gesundheitlichen Gründen zu verschieben.

Der Besuch, der schließlich im Februar 1979 zustande kam, erwies sich jedoch wegen der gleichzeitig beginnenden chinesischen Offensive gegen Vietnam als ein Fiasko.

A.B. Vajpayee war nach indischen Pressemitteilungen aus inoffizieller sowjetischer Quelle zwei Wochen vor dem Antritt seiner China-Reise darüber informiert worden, daß Beijing kurz vor einem militärischen Angriff auf Vietnam stehe.[18] Der Außenminister bestritt später die Richtigkeit dieses Presseberichts, bestätigte jedoch, daß er sich mit der Bitte an die chinesische Botschaft gewandt hatte, daß Beijing während seiner Visite alles unterlassen möge, was den chinesisch-indischen Gesprächen abträglich sein könne. Eingeständenermaßen erörterte er auch mit dem Premierminister die Frage, wie sich Indien im Falle eines chinesischen Angriffs zu verhalten habe.[19] Gleichwohl scheint Vajpayee, dem im Nachhinein aus dem Parlament der Vorwurf entgegenschallte, er habe sich gegen den Willen eines Teils des Hauses nach Beijing begeben, um Schmach und Demütigung über sein Land zu bringen,[20] keinen Glauben in die Möglichkeit eines unmittelbar bevorstehenden Krieges zwischen China und Vietnam gesetzt zu haben. Und dies war verständlich, denn seit Monaten bereits stand er unter dem Eindruck hartnäckiger sowjetischer Vorstellungen, die ihn von seinen Reise-Plänen abbringen sollten.

Chinas Führer aber leiteten ihre militärische Aktion gegen Vietnam unmittelbar nach dem Abschluß der Gespräche mit Vajpayee in Beijing und nach dessen Abreise in die chinesische Provinz ein, die seinem Besuch einen touristischen Ausklang geben sollte. Der indische Außenminister erfuhr davon am Abend des 17. Februar durch einen Zufall und konnte sich gegen den Anschein der Billigung dieser Aktion nur noch durch eine vorzeitige Abreise verwahren.

China hatte nicht Indien, sondern nur Vietnam angegriffen, immerhin aber eine Macht, deren regionale Bedeutung Delhis Politiker unter der Bedingung ihres eigenen Konflikts mit China zu schätzen wissen. Dafür, daß der indische Außenminister die VR China demonstrativ verlassen hatte, handelte sich die Indische Union nun auch noch eine Bestrafung ein. Deng Xiaoping kam während eines Interviews am 26. Februar auf den chinesisch-indischen Grenzkrieg von 1962 zurück, verglich die gegenwärtige militärische Strafaktion gegen Vietnam mit derjenigen gegen Indien von vor etwas mehr als sechzehn Jahren und meinte - allerdings irrtümlich - , daß seine Streitkräfte mit den Vietnamesen in noch kürzerer Zeit fertig werden würden als damals mit den Indern.[21]

Wer aufgrund seiner bisherigen Beobachtungen zu der Auffassung gekommen war, Indien spiele in der chinesischen Außenpolitik qua Indien keine Rolle, mußte sich durch diesen Vorgang ein weiteres Mal bestätigt fühlen.[22]

Der sowjetische Einmarsch nach Afghanistan zum ersten und die Rückkehr von Indira Gandhi ins Regierungsamt zum zweiten haben die Haltung Beijings gegenüber der südasiatischen Region seit Anfang des Jahres 1980 in bemerkenswerterweise verändert. Die chinesische Propaganda unterstellt heute der Sowjetunion, was in Wirklichkeit die VR China seit den frühen sechziger Jahren mit zweifelhaftem Erfolg versuchte: Nutzen aus dem indisch-pakistanischen Dauerkonflikt zu ziehen und das labile Verhältnis zwischen Delhi und Islamabad zu diesem Zwecke fortwährend zu manipulieren.[23] Chinas Führer sind nunmehr zu der Auffassung gelangt, daß es gelte, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Indien und Pakistan zu fördern, daß das Kashmir-Problem eine bilaterale Angelegenheit dieser beiden Seiten sei, welches Beijing besser nicht kommentierte, und daß Pakistan schließlich gut daran täte, die aktuelle Kontroll-Linie im umstrittenen Kashmir-Gebiet zu akzeptieren.[24]

Beijing gab, wie bereits erwähnt, öffentlich zu, daß die chinesische Wirtschaftspolitik in Tibet versagt habe, stellte der tibetischen Bevölkerung mehr Autonomie in Aussicht, erlaubte Delegationen des Dalai Lama die Einreise und öffnete nach 19 Jahren der Abriegelung erneut die Trans-Himalaya-Routen zwischen Tibet und Indien sowie Bhutan und Nepal.[25]

Es war der chinesische Außenminister Huang Hua, der Frau Gandhi im April 1980 anlässlich eines Zusammentreffens in Salisbury daran erinnerte, daß er der indischen Hauptstadt noch einen Gegenbesuch abzustatten hätte, und der somit den Wunsch seiner Regierung erkennen ließ, die Möglichkeiten zur Verbesserung der chinesisch-indischen Beziehungen erneut zu diskutieren.[26] Beijing legte Wert darauf, sich von dem Verdacht der weiteren subversiven Einmischung in die inneren Angelegenheiten Indiens und dabei vorwiegend in die Auseinandersetzungen im Nordosten des Landes zu distanzieren und hat nicht nur die Eingliederung Sikkims in die Union akzeptiert, sondern auch die außen- und verteidigungspolitische Zuständigkeit Delhis für den kleinen Himalaya-Staat Bhutan.

Frau Gandhi schlug die Hand des chinesischen Außenministers nicht aus, aber sie erwiderte auch nicht die Zeichen neuer chinesischer Rücksichtnahme auf indische Empfindlichkeiten. Ihre Regierung nahm im Sommer 1980 zunächst die Anerkennung der von Vietnam portierten Heng Samrin-Regierung in Kambodscha vor und riskierte somit eine Verschiebung des Außenminister-Besuchs aus China. Huang Hua entschuldigte sich nach gutem diplomatischen Brauch mit Termin-Schwierigkeiten im zweiten Halbjahr 1980 und legte somit offenbar keinen Wert mehr darauf, die bestehenden chinesisch-indischen Meinungsverschiedenheiten in der Vietnam-Frage hochzuspielen.

Überhaupt nutzte die VR China die Monate, die bis zum Eintreffen Huang Huas in Delhi in der letzten Juni-Woche 1981 vergingen, um sich von den Khmer Rouge zu trennen und statt dessen eine Koalition von neutralistischen und pro-westlichen Kräften gegen die jetzigen Machthaber in Kambodscha zu ermöglichen. Intern ist Chinas militärischer Angriff auf Vietnam als Strafe für den expansionistischen Nachbarn und zur Entlastung der in Kambodscha gegen die vietnamesischen Besatzungstruppen kämpfenden Pol Pot-Anhänger wahrscheinlich nicht nur als ein Fehlschlag, sondern auch als ein fundamentaler Fehler erkannt worden.

Jedenfalls bemüht sich die Beijinger Führung heute um die Demonstration größerer Friedfertigkeit, und in diesem Zusammenhang hat ihr immer dringlicher werdendes Werben um die Zustimmung Nationalchinas zu einer friedlichen Wiedervereinigung gewiß eine eigenständige Funktion.

Wenn wir uns abschließend die Frage vorlegen, welche Perspektiven der jetzige entspannungspolitische Versuch Chinas

und Indiens enthalte, so werden wir bei allen Erwägungen die in mehr als 25 Jahren etablierte Tatsache zu berücksichtigen haben, daß es nicht dieselbe politische Ebene ist, auf der die beiden Seiten im Kontakt miteinander jeweils operieren.

Die indische Seite betrachtet ein geregeltes Nachbarschaftsverhältnis mit der VR China und die zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf der Grundlage von Gleichbehandlung sowie Gegenseitigkeit als ihr Verhandlungsziel. Ihre Diplomaten bewegen sich auf der bilateralen Ebene. Chinas Verhandlungsziel wird von dem Wunsch bestimmt, den sowjetischen Einfluß auf das außenpolitische Verhalten Indiens zu mindern, ja möglichst sogar zu verdrängen. Seine Unterhändler werden primär von Überlegungen auf der globalstrategischen Ebene bestimmt.

Diese ungleichartige Ausgangssituation enthält entspannungspolitische Chancen, aber auch Sprengstoff. Die Frage, welcher Gesichtspunkt zum Zuge kommen wird, muß dabei vorwiegend von der VR China beantwortet werden.

Indien will, was uns vor dem Hintergrund des chinesischen Vietnamkrieges und seiner Begleiterscheinungen nur allzu verständlich zu sein scheint, Genugtuung für die Kriegserfahrung von 1962, im übrigen aber eine definitive Grenzregelung ohne jenen Diktatscharakter, den die chinesische Position nun einmal aufgrund des Krieges von 1962 angenommen hat. Diese beiden Forderungen kann Beijing theoretisch mit Leichtigkeit erfüllen. Darüber hinaus könnten wir uns vorstellen, daß beide Seiten ihre hier schein-legalistischen und dort rein propagandistischen Argumentationen in der Erkenntnis fallenließen, daß es mangels historisch einwandfreier Evidenzen die Aufgabe der heutigen politischen Eliten Indiens und Chinas sei, eine strategisch sinnvolle Grenze im Himalaya zu ermitteln. Wenn wir davon ausgehen, daß nichts so sehr den indischen Willen zum Neutralismus und damit zur Distanz gegenüber der Sowjetunion fördern könnte, wie eine Übereinstimmung mit China darin, daß eine Lösung des Territorialstreits jenseits der Berufung auf die imperialistischen Traditionen beider Seiten, auf diejenige des britischen wie des chinesischen Weltreiches, zu suchen sei, so erscheint der unmittelbare chinesisch-indische Verhandlungsgegenstand auch heute noch primär als ein technisches Problem.

Zwei Überlegungen stehen allerdings der Vermutung entgegen, daß es zu einer derartigen Übereinstimmung der Verhandlungspartner kommen könnte.

Zum ersten sind es die Führer der VR China nicht gewöhnt, ihren entspannungspolitischen Partnern echte Zugeständnisse einzuräumen. Sie sind es gewöhnt, Bedingungen zu stellen und diese erfüllt zu sehen, weil alle bisherigen Entspannungspartner darin entweder einen höheren globalstrategischen Nutzen erblickten oder - dies trifft für die meisten nicht-kommunistischen Staaten Asiens zu - von vornherein über keine vergleichbare Machtposition verfügten, um Gegenbedingungen durchsetzen zu können.

Hinzu tritt als zweites die Überlegung, daß der indische Neutralismus wenigstens vorerst allianzfeindlich bleibt, Chinas Interesse aber im Aufbau allianzähnlicher Fronten gegen die Sowjetunion besteht.

So erscheint es als zweifelhaft, daß die indische Seite aus Beijing Genugtuung erhält und ebenso daß sich die VR China von der Normalisierung ihrer Beziehungen mit Indien einen weltpolitischen Gewinn verspricht, für den sich aus ihrer Sicht Zugeständnisse lohnten.

Tatsächlich sehen Beijing und Delhi im entspannungspolitischen Gespräch selbst einen wichtigen Fortschritt und beim Gespräch wird es wahrscheinlich noch auf lange Zeit bleiben.

Anmerkungen

- 1 Vgl. den vollständigen Text in deutscher Übersetzung in: Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil 1: Süd- und Ostasien, bearbeitet im Institut für Asienkunde, Bd. XII/1 der Schriften des Instituts für Asienkunde Hamburg, Frankfurt a.M./Berlin 1962, p. 80-83.
- 2 Vgl. Dorothy Woodman, *Himalayan Frontiers, A Political Review of British, Chinese, Indian and Russian Rivalries*, London 1969, p. 224ff.
- 3 Den Vorschlag bezeugt T.N. Kaul, der damals an den chinesisch-indischen Vertragsverhandlungen beteiligt war. Vgl. u.a. "The Times of India", Delhi, 10. Aug. 1980.
- 4 Vgl. A.G. Noorani, *Our Credulity and Negligence*, Bombay 1963, p 13-30, und: Girilal Jain, *Panchsheela and After*, Bombay, Calcutta, New Delhi, Madras, London und New York, 1960, p. 122ff.

- 5 Vgl. die chinesischen Darlegungen zum Prinzip der Friedlichen Koexistenz ("Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der Friedlichen Koexistenz"), chines. in: Jen-min jih-pao, Peking, (hinfort: JMJP), 12. Dez. 1963, deutsch als Broschüre, Peking 1963.
- 6 Siehe Anm. 25.
- 7 Vgl. den Leitartikel in: JMJP, 2. Nov. 1963 (deutsch als Broschüre, Peking 1963: "Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben").
- 8 Selbst Neville Maxwell, der sich seine Freundschaft zu China vom damaligen Premierminister Zhou Enlai patentieren ließ, behauptet dieses in seinen Darstellungen nicht. Vgl. Neville Maxwell, *India's China War*, London 1970; ders., "Comment: India's Forward Policy", in: "The China Quarterly", London, Nr. 45, Januar/März 1971, p. 157-163; und ders.: "Stillstand in der Sackgasse: Indiens Grenzdisput mit China", in: "Neue Zürcher Zeitung", Zürich (hinfort: NZZ), 30./31. Aug. 1981.
- 9 Vgl. den Leitartikel der JMJP vom 2. Nov. 1963, loc.cit.
- 10 So auch A.G. Noorani, *Our Credulity und Negligence*, op.cit., p. 8ff.
- 11 Vgl. die ideologische Selbstdarstellung Chinas zusammengefaßt in einer Publikation des Verlags für fremdsprachige Literatur, Peking unter dem Titel: "Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", Peking 1965.
- 12 Vgl. Anwar H. Syed, *China and Pakistan: Diplomacy of an Entente Cordiale*, London, Karachi, Delhi 1974, passim.
- 13 Vgl. A.G. Noorani, *Breshnev Plan for Asian Security*. Bombay 1975, passim.
- 14 Vgl. S.P. Seth, "Sino-Indian Relations: Changing Perspectives", in: "Problems of Communism", Washington D.C., Bd. 23, März-April 1974, p. 14-26.
- 15 Vgl. Christopher Van Hollen, "The Tilt Policy Revisited: Nixon-Kisinger Geopolitics and South Asia", in: *Asian Survey*, Berkeley, Bd. 20, Nr. 4, April 1980, p. 339-361.
- 16 Vgl. "The Times of India", New Delhi, 3. Juni 1978.

- 17 Vgl. "Chronology: Thirty Years of India-China Relations", in: China-Report, New Delhi, Bd.15, Nr.2, März-April 1979, p. 133-149.
- 18 Vgl. u.a. "Indian Express", Bombay, 23. Febr. 1979.
- 19 Ibid.
- 20 Zitiert nach: "The Hindustan Times", New Delhi, 22. Febr. 1979.
- 21 Zitiert nach: "The Tribune", Chandigarh, 27. Febr. 1979.
- 22 So z.B. K.P. Gupta, "Sino-Indian Relations: Reality and Imagination", in: "Quest", Bombay, Nr.86, Januar-Februar 1974, p. 9-22.
- 23 Vgl. JMJP, 16. Februar 1980.
- 24 Vgl. "New Delhi, The Asian News Magazine", 21. Juli - 3. August 1980 ("Sino-Indian Relations: Bhai Bhai Again?"); "The Hindustan Times", 2. Juli 1980 und: "The Times of India", 14. Aug. 1980.
- 25 Vgl. "Sino-Indian Relations: Bhai Bhai Again?", loc.cit.
- 26 "The Hindu", Madras, 19. April 1980.